

GRAPHISCHE PRESSE

Nr. 3 40. Jg.

21. Jan. 1927

ORGAN DES VERBANDES DER LITHOGRAPHEN, STEINDRUCKER UND VERWANDTE BERUFE.

Abonnement. Die *Graphische Presse* erscheint wöchentlich Freitags. Abonnementpreis mit *Graph. Technik* 0,50 Mk. monatlich exkl. Zustellung. Zu beziehn. durch alle Buchhandlungen u. Postanstalten. (Post-Zeitungs-Katalog Nr. 3573) Für die Länder des Weltpostvereins 1,- Mk.

Redaktion:
Hans Ronnger, Berlin N 24, Elsassersstraße 86-88 III. Redaktions-
schluß: Montag, Telephon Amt Nord 4268.
Verlag: Johannes Haß, Berlin N 24. — Druck und Expedition:
Conrad Müller, Schenkenditz-Leipzig, Augustastr. 8-9.

Insertion. Für die viergespaltene Nonpareillezeile oder deren Raum 0,50 Mk., bei Wiederholung Rabatt. Für Verbandsmitglieder sowie Verbandsanzeigen 0,30 Mk. pro Zeile. Beilagen nach Übereinkunft. — *Zuschriften an die Expedition erbeten.* **Postverlagsort Schkeuditz.**

Dem Jubilar Paul Lange

In der Treue der Kollegen zu ihrem Verbands liegt der Schlüssel zu den Erfolgen unserer Organisation. Kann doch eine stattliche Anzahl Kollegen auf eine 25 und mehr Jahre zählende Mitgliedschaft zurückblicken. Einem der treuesten dieser Treuen, seit Gründung des Verbandes, dem Kollegen Paul Lange, kann der Verband heute zu einem besonderen Ehrentage beglückwünschen.

Kollege Paul Lange, der Leiter des Bureaus des Verbandsvorstandes, konnte Mitte Januar auf eine 25jährige besoldete Tätigkeit im Dienste der Kollegenschaft zurückblicken. Damit feiert der zweite Kollege sein silbernes Dienstjubiläum beim Unternehmer Kollegenschaft; der erste ist unser verdienstvoller Kollege Otto Sillier gewesen. Der Senior der Angestellten des Verbandes ist Kollege Paul Lange, der mit Recht von sich sagen kann, das Menschenmögliche für die Kollegenschaft und für die Befreiung der Arbeiterklasse getan zu haben.

Die Tätigkeit des Kollegen Paul Lange im Dienste der Kollegenschaft und der Arbeiterbewegung war von vornherein gegeben. Als zweitältester Sohn des hundertreichen Sittenschnaiders und Prägers Lange in Chemnitz, am 18. Mai 1868 geboren, lernte er frühzeitig die Not der Arbeiterklasse kennen. Obwohl ihm durch Fleiß das Lehrerseminar offen war, erlernte er nach verbrachter Schulzeit die Lithographie, die ihm mehr zusagte. Die Freundschaft seines Vaters mit dem verdienstvollen Kollegen Kinder (Leipzig) dürfte bei seiner Berufswahl von Bedeutung gewesen sein. Schon als Lehrling erwarb er im September 1885 die Mitgliedschaft in der Krankentasse des Deutschen Genesfelder-Bundes; damit war der erste Schritt auf dem Wege zur kollegialen Gemeinschaft getan.

Der Lebensweg des Kollegen Lange, von seiner Auslehre an, ist ein bedeutendes Stück Verbandsgeschichte. Als junger Gehilfe nach Crimmitschau verschlagen und den ausgelernten und in die Fremde gehenden Kollegen Hermann Müller (jetzt Vorsitzender des R.D.D.) ersiehend, kam er mit dem bekannten Kollegen Mählinghaus zusammen. 1888 entstand auch in Crimmitschau ein Fachverein, dessen Schriftführer Kollege Lange wurde. Eine Maßregelung und verschiedene Mißstände führten den Fachverein 1890 in eine Streikbewegung. Die große Zahl Streikbrecher löste den Streik, er ging verloren. Die versandten schwarzen Listen erschwerten ein anderweitiges Unterkommen sehr. Eine Gastrolle in Laasphe in Westfalen ließ über die verhängte Feme Gras wachsen, so daß Kollege Lange in Dortmund eine entsprechendere Stellung finden konnte. Bald war auch hier ein Fachverein gegründet und Kollege Lange wurde „Dezernatsmitglied“, wie damals der Mitgliedschaftsleiter genannt wurde. 1891 führte der Weg den Kollegen Lange nach Frankfurt a. M., wo er ebenfalls bald im Dienste der Kollegen als Vorstandsmitglied wirkte. 1893 erfolgte seine Überfiedlung nach Offenbach, wo er in der Firma Krauss & Comp., zuletzt als Leiter der Schriftlithographie, bis zu seiner Anstellung tätig war.

In Offenbach entwickelte Kollege Lange eine lebhafteste Tätigkeit für den jungen, 1891 gegründeten Verband. Mancher Kollege wurde für die wirtschaftliche Interessenvertretung gewonnen und Kollege Lange in die Mitgliedschaftsleitung berufen, die bald ganz in seinen Händen lag. Aber auch der Arbeiterbewegung leistete er seine Dienste. Neben politischer Tätigkeit half er die Ortskrankentasse schaffen; der Konsumverein Offenbach zählt ihn zu seinen Gründern und die Naturheilbewegung, der er heute

noch angehört, verdankt ihm Förderung. Dabei vergaß er den Genesfelder-Bund nicht. Seit 1895, auf jeder Generalversammlung des Verbandes und des Bundes, Delegierter, hat er manch wichtigen Antrag vertreten und zur Annahme verholfen. Meist hat er auch als Schriftführer bei diesen Tagungen gewirkt. Kollege Lange gehörte auch dem Vorlande des Genesfelder-Bundes an.

Um die Jahrhundertwende beschäftigte die Kollegenschaft stark die Existenz der beiden Vereinigungen: Verband und Genesfelder-Bund. Verschmelzungsbestrebungen machten sich geltend, führten 1898 auch zu gemeinsamen Verhandlungen, jedoch zu keinem Ergebnis. Nach harten Kämpfen wurde auf dem Bundestage in Köln 1901 eine Verschmelzung mit dem Verbands abgelehnt. Kollege

Lange stand im Lager der Verschmelzungsfreunde. Die Folge dieser Ablehnung war der Plan der Gebietsabgrenzung, der vom Kollegen Lange auf dem Verbandstag 1901 in Halle und auf der Bundesgeneralversammlung 1901 in Saalfeld begründet wurde. Beide Tagungen stimmten diesem Plane zu. Diese Bundesgeneralversammlung beschloß auch die Anstellung eines 2. Deamten des Genesfelder-Bundes. Der Verschmelzungsfreund Lange wurde als 2. Angestellter des Bundes gewählt und trat Mitte Januar 1902 sein Amt an. Die Verschmelzungsbestrebungen gingen weiter. Auf den Tagungen 1904 wurde dann im Prinzip die Vereinigung beschlossen, die auf der gemeinsamen Tagung im April 1905 in Berlin zustande kam. Der Genesfelder-Bund wurde dem Verband angegliedert und Kollege Lange als Angestellter des Verbandes übernommen. Kurzfristige Kollegen sind zwar gegen die Verschmelzung Sturm gelaufen, — es kam sogar zu einer gerichtlichen Auseinandersetzung — aber die Verschmelzung hatte die Zeit für sich. Die jüngeren Kollegen müssen den Verschmelzungsfreunden von damals dankbar sein, daß sie diesen notwendigen Kampf bis zum guten Ende durchgefochten haben.

Kaum nach Berlin überstellt, setzte der Tarifkampf 1905 ein, der in der Aussperrung 1906 mit anschließenden Abmachungen sein vorläufiges Ende fand. Daneben lief die Auseinandersetzung mit dem Lithographenbund, der am 1. Juli 1908 wieder in den Schoß der Mutterorganisation zurückkehrte. Dann kamen: 1911/12, der Krieg, die Inflation, der Wiederaufbau der Organisation, kurz all das, was die meisten Kollegen mit erlebt haben. An alledem hat Kollege Lange stärksten Anteil genommen und den Gang der Dinge beeinflusst. Daneben galt seine besondere Sorge all denen, die die finanzielle Hilfe des Verbandes in Anspruch nehmen mußten, insbesondere den invaliden Kollegen. Kollege Lange wird deshalb im Scherz gelegentlich Invalidenwater genannt.

Natürlich tut Kollege Lange auch heute noch seine Pflicht auf den Gebieten der Arbeiterbewegung. Neben kommunalpolitischen Ehrenämtern lassen Ämter aus der Mieterbewegung und andere auf seinen Schultern. Seit 30 Jahren hält er der Partei die Treue.

40 Jahre gewerkschaftlich organisiert, 30 Jahre Parteimitglied und 25 Jahre im besoldeten Dienst der Kollegenschaft: Wahrlich, die Kollegenschaft hat Anlaß, dem Kollegen Lange zu seinem Jubiläum die herzlichsten Glückwünsche zu entbieten. Den Dank der Kollegenschaft hat der Verbandsvorstand dem Jubilar durch ein Geschenk ausgesprochen. Im Auftrage der Kollegenschaft widmen wir ihm dieses Ehrenblatt für treue Dienste, verbunden mit dem Wunsch: Paul Lange, sei noch recht lange im Kreise der Kollegenschaft!



1926 ein Jahr des Aufbaues dort — ein Jahr der Krise hier.

II.

Die Preisbewegung und der innere Absatzmarkt.

Jede frühere Krise wirkte sich in mehr oder minder wahrnehmbaren Preisveränderungen aus. Die Preise verminderten sich infolge des Überangebots von Waren, dadurch fand ein schneller Absatz und damit schließlich ein Ausgleich in Angebot und Nachfrage statt. Die geleerten Warenlager ergaben neue Aufträge, die damit einhergehende Besserung der Konjunktur zog schließlich auch wieder die durch die Krise freigegebenen Arbeitskräfte auf. Man sollte nun meinen, daß eine solche Wirtschaftsumstellung, wie wir sie in den letzten drei Jahren erleben, vor allem eine starke Reduzierung der Preise hätte nach sich ziehen müssen. Doch folgendes Bild zeigt das Gegenteil:

1926	Großhandelsindex des Reichsamts		Lebenshaltungsindex
	alte Berechn.	neue Berechn.	
Januar	120,0	135,8	139,8
Februar	118,4	134,3	138,8
März	118,3	133,1	138,3
April	122,7	132,7	139,6
Mai	123,2	132,3	139,9
Juni	124,6	131,9	140,5
Juli	127,4	133,1	142,4
August	127,0	134,0	142,5
September	126,8	134,9	142,0
Oktober	130,2	136,2	142,2
November	131,6	137,1	143,6
21. Dezember	131,0	137,2	—

Bei den alten Berechnungen des Statistischen Reichsamts ist eine Verteuerung im verfloßenen Jahre um 11 Punkte festzustellen. Da diese Berechnung zum großen Teil auf landwirtschaftlichen Produkten aufgebaut war, so ist hier ersichtlich, wie gerade diese im Preise in die Höhe gingen. Die Agrarstoffe stiegen nach der neuen Berechnung von 122,3 im Januar auf 142,8 im November, mithin um 20 Punkte. Industrielle Rohstoffe und Halbwaren erfuhren in den ersten elf Monaten eine Verminderung von 134,4 auf 129,3. Der Posten Kolonialwaren erfuhr eine Senkung von 132,7 auf 129,3. Die industriellen Fertigwaren, die bei der neuen Indexberechnung in größerem Umfange berücksichtigt werden, vermochten sich vom Januar bis November von 158,0 auf 143,5 zu senken. Selbst wenn man die neue Berechnung zur Unterlage nimmt, so ist im Ganzen immer noch eine Verteuerung um beinahe zwei Punkte festzustellen. Diese Preissteigerung ist nicht zuletzt auf die landwirtschaftlichen Produkte zurückzuführen. Namentlich hat seit Mitte des Jahres eine ununterbrochene Steigerung der Preise eingesetzt. Deutlich wird auch die Tendenz des Warenmarktes, wenn man die Lebenshaltungskosten in Betracht zieht. Hier ist ein Aufstieg vom Januar bis Ende November von 139,8 auf 143,6, also um vier Punkte, wahrnehmbar. Die Rationalisierung hat also nicht zu einer Preisverminderung und somit zu einer Erhöhung des Reallohnes geführt, sondern sie hat vielfach das Gegenteil bewirkt. Es scheint also, daß die Verbesserung der Produktion sich allein in der Erhöhung des Profits auswirkt. Die Rationalisierung schuf nur in geringem Umfange neue Konsumenten, vielfach erschlug sie dieselben, weil die durch sie bewirkte Arbeitslosigkeit nicht geringe Kaufkraftminderung zur Folge hatte.

Mittel und Wege zu dieser Auswirkung hatte das private Unternehmertum in den Kartellen und Syndikaten, welche verhindern, daß die umgestellte Industrie sich durch billigere Preisgestaltung den Absatzmarkt zu erweitern vermag. Am besten ist dies zu ersehen an der Preisgestaltung der Rohstoffe. So sind z. B. die Kohlenpreise nicht gefallen, sondern um 1,6 Proz. im verfloßenen Jahre gestiegen. Obwohl gerade hier die Wirkung der Rationalisierung deutlich wahrnehmbar ist. Auch die Eisenpreise haben keine Senkung erfahren, obgleich auch hier eine gute Konjunktur im abgelaufenen Jahre zu verzeichnen war. Nicht zuletzt trug hierzu auch die Regierung eine gewisse Schuld, da sie an dem allhergebrachten System der Schutzzollpolitik festhielt. Betrachtet man in diesem Zusammenhang die Entwicklung der Lohn- und Gehaltsverhältnisse, so ist zwar keine wesentliche Verschlechterung, aber auch keine Besserung zu verzeichnen. Stellt man aber das Einkommen der großen Masse den Preisverhältnissen gegenüber, so kommt man zu der Feststellung, daß eine Verschlechterung der sozialen Lage der Bevölkerung eingetreten ist.

Rationalisierung, Konzentrationsbewegung und Produktionsergebnisse.

Das Jahr 1926 wird von späteren Geschichtsschreibern als ein Jahr der Verstrüstung bezeichnet werden. Die alten Inflationskonzerne wurden endgültig liquidiert und die der kapitalistischen Entwicklung innewohnende Konzentrationstendenz endgültig auf die horizontale Zusammenschlußbewegung hingelenkt. War das Jahr 1925 gekennzeichnet durch die massenhaften Zusammenbrüche der Konzerne und setzte

sich diese Bewegung im abgelaufenen Jahre fort, so erzwang die Rationalisierung 1926 grundsätzlich neue Organisationsformen. Horizontale Zusammenschlüsse, das war die Parole, die 1926 ausgegeben und mit allen Mitteln befolgt wurde. Und so sahen wir denn im verfloßenen Jahre solche gewaltigen Trusts wie die IG Farbenindustrie und die Vereinigte Stahlwerke A.-G. aus dem Boden wachsen. Der Farbstofftrust, die größte deutsche Aktiengesellschaft und der Stahltrust, die zweitgrößte dieser Gattung, kontrollieren allein ein Achtel des gesamten deutschen Aktienkapitals. Mächtige Gebilde also, die sich zur Aufgabe gesetzt haben, die Rationalisierung der Produktion mit allen Mitteln durchzuführen. Sie haben das verwirklicht, was Karl Marx bereits vor 60 Jahren voraussagte. Doch nicht nur in diesen beiden Industriezweigen, sondern auch auf den Gebieten der Baustoffherstellung, der Fertigungindustrie usw. wurden Großbetriebe von ungeheurer Kapital- und Produktionskraft geschaffen. Wir nennen hier nur die Zementindustrie, die in drei großen Konzernen zusammengefaßt ist, den Linoleumtrust, den Trust der optischen Industrie, den Zusammenschluß in der Zuckerindustrie, die Schaffung der Waggonbauvereinigung, den Zusammenschluß in der Maschinenindustrie, bei den Werften usw. Überall, wo man hinblickt, wurde die Rationalisierung damit begonnen, daß man Betriebe der gleichen Produktionsart miteinander verband, um in einem größeren Rahmen die Arbeitsteilung durchzuführen und den Leerlauf in der Wirtschaft zu vermindern. In der Zusammenschlußbewegung hat das Jahr 1926 mehr geleistet, als alle anderen zuvor.

Es ist auch kein Zweifel darüber, daß die Rationalisierung im Jahre 1926 zu wesentlich besseren Produktionsergebnissen geführt hat. In sehr vielen Industriezweigen wird heute mit weniger Arbeitskräften ein erhöhtes Produktionsergebnis erzielt. Am besten ist dies in jenen Industrien festzustellen, die regelmäßig Statistiken über das Produktionsergebnis veröffentlichen. Dies sind vor allem die Industrien von Kohle und Eisen. Hier kann folgendes Ergebnis festgestellt werden:

1926	Steinkohle	Braunkohle	Roheisen	Rohstahl
	in Millionen Tonnen			
Januar	11,19	12,22	0,690	0,790
Februar	10,61	11,08	0,680	0,820
März	11,42	11,83	0,720	0,950
April	10,08	10,07	0,670	0,870
Mai	10,63	9,89	0,740	0,900
Juni	11,76	11,20	0,720	0,930
Juli	13,07	11,48	0,770	1,020
August	12,88	11,42	0,850	1,140
September	12,87	11,71	0,880	1,140
Oktober	13,51	13,22	0,930	1,170
November	13,50	12,76	0,980	1,250

Die Steinkohlenproduktion im deutschen Reich ohne Saargebiet betrug in den ersten elf Monaten 1926 131 587 640 t und übertraf damit die Vorjahresproduktion, welche 121 361 827 t betrug und sogar die Produktion 1913, wo sie auf den jetzigen Reichsumfang berechnet 130 047 960 t ausmachte. Die Braunkohlenproduktion vom Januar bis November 1926 blieb nur um 200 000 t gegenüber 1925 zurück, übertraf aber die Braunkohlenproduktion des Jahres 1913 um 47 Millionen t. Die Kohlenproduktion ist also wesentlich höher als in der Vorkriegszeit. Dieses Ergebnis wurde erzielt mit einer wesentlich verringerten Belegschaft. Im Ruhrkohlenbergbau z. B. beträgt die Belegschaft gegenwärtig 402 000 Mann, gegenüber 423 000 1913, obgleich die Förderung beinahe um ein Viertel höher ist als in dem letzten Friedensjahre. Noch besser zeigt sich die Wirkung der Rationalisierung in der Schwerkohlenindustrie. Die Roheisenproduktion war im November fast um die Hälfte höher als in den ersten beiden Monaten des Jahres. Bei der Rohstahlproduktion dasselbe Bild. Auch in der Schwerkohlenindustrie wurde dieses außerordentlich günstige Ergebnis mit einer verringerten Zahl der Arbeitskräfte erzielt. Beim Stahltrust z. B. sank die Zahl der in den Eisenwerken beschäftigten Arbeiterschaft vom 1. April bis zum 1. November von 76 653 auf 74 534. Es ist bedauerlich, daß gleiche Überblicke für andere Industriezweige nicht möglich sind. Die Schwerindustrie vermag auf ein gutes Jahr zurückzublicken. Der englische Bergarbeiterstreik hat sich bei ihr in klingenden Sagen verwandelt. Es wurde durch dieses Ereignis bei den eben angezogenen Industrien sehr rasch eine Konjunktur entfesselt, wie sie bei ruhigem Verlauf wahrscheinlich erst nach Jahren eingetreten wäre. Das Kohlen Syndikat ist bis zum Herbst 1927 vollständig ausverkauft. Eine ähnliche Konjunktur auf lange Sicht kann auch die Schwerindustrie verzeichnen. Man hat nichts davon gehört, daß die Schlüsselindustrie ihren Arbeitern und Angestellten angesichts dieser guten Konjunktur besonders entgegengekommen wäre. Das Gegenteil ist der Fall.

Wohnungsbau und Lebenshaltung.

Das Arbeitsbeschaffungsprogramm der Reichsregierung sieht unter anderem auch Mittel für den Wohnungsbau vor, die auf dem Anleihewege zu decken sind. Daneben steht für den gleichen Zweck die Hauszinssteuer zur Verfügung, von der leider nur ein Teil für den Wohnungsbau zur Verwendung gelangt. Mit diesen Mitteln war es im Jahre 1926 möglich, annähernd den laufend anfallenden Wohnungsbedarf zu decken. Aber auch nicht mehr! Der während der Kriegs- und Inflationsjahre entstandene Fehlbedarf an Wohnungen erfuhr keine Verminderung und es ist nichts anderes als böswillige Irreführung der Öffentlichkeit, wenn von den Grund- und Hausbesitzervereinen die Behauptung verbreitet wird, daß eine Wohnungsnot nicht mehr bestehe. Die Unsinnigkeit dieser Behauptung ist durch die Erhebungen der größeren Gemeinden genügend nachgewiesen. Im übrigen dürfte die vom Reich in Aussicht genommene Wohnungszählung über den noch bestehenden Wohnungsmangel einwandfreie Feststellungen bringen.

Als ein Nachteil muß bezeichnet werden, daß die vorjährige Wohnungsbauperiode außerordentlich spät einsetzte und so die zur Verfügung stehende Jahreszeit nicht besser ausgenutzt wurde, obgleich sie für die Bautätigkeit sehr günstig war. Schuld daran tragen lediglich die nicht rechtzeitig geförderten Bauvorbereitungen. Die Gemeinden, die es hierin fehlen ließen, haben damit ihren Arbeitslosen, Wohnungsbedürftigen, aber auch sich selbst einen sehr schlechten Dienst erwiesen. Es ist dringend zu fordern, daß sich diese Verzögerungen in diesem Jahre nicht wiederholen. Die Befriedigung des Wohnungsbedarfs ist keine neu auftauchende Frage, sondern beschäftigt die öffentlichen Stellen schon seit Jahren. Infolgedessen darf man von ihnen verlangen, daß sie hierin eine den bestehenden Anforderungen entsprechende Voraussicht entwickeln. Diese ist umso mehr zu fordern, als der Wohnungsbedarf noch auf Jahre hinaus nur durch Aufwendung öffentlicher Mittel gedeckt werden kann.

Hierüber kann es bei objektiven Beurteilern der Wohnungsverhältnisse keinen Zweifel geben, so sehr zu wünschen ist, daß wir möglichst bald auch auf diesen Gebieten zu normalen Verhältnissen gelangen. Der von den Grund- und Hausbesitzervereinigungen gegen die öffentliche Wohnungsbewirtschaftung in schärfster Weise geführte Kampf bringt die hierzu erforderlichen Voraussetzungen nicht zustande. Daß die Wohnungswirtschaft eine wenig befriedigende Einrichtung ist, die auf die Dauer nicht aufrecht erhalten bleiben kann, steht fest. Es ist auch zu wünschen, daß sie so bald wie möglich beseitigt wird. So schnell aber wie die Herren Hausbesitzer wollen, geht es doch nicht! Warum die Hausbesitzer so sehr auf die Beseitigung der Wohnungswirtschaft drängen, geht zur Genüge aus der Begründung ihrer Forderungen hervor. Hiernach ist der Wohnungsmangel nur eine Frage der zu niedrigen Mieten. Nach ihrer Behauptung würde eine Erhöhung der Mieten sofort eine große Zahl von Wohnungen frei machen, im übrigen aber den privaten Wohnungsbau so fördern, daß der Wohnungsmangel bald gedeckt sein würde.

Es erscheint überflüssig, diese vom einseitigsten Interessenstandpunkt aufgestellten Behauptungen zu widerlegen. Das Hausagrariertum will nichts weiter, als mit der Wohnungswirtschaft das Hindernis aus dem Wege zu räumen, das bis jetzt einen Raubzug auf die Taschen der Mieter vereitelt. Eine günstigere Konjunktur für das Gelingen eines solchen Planes könnte es nicht geben, denn mit dem Wegfall der Wohnungswirtschaft wären die Mieter vollständig schutzlos der hausagrarischen Ausbeutung preisgegeben. Die sich selbst überlassene Nachfrage nach Wohnungen würde sofort eine rapide Steigerung der Mieten bewirken, zugleich aber auch die allgemeine wirtschaftliche Lage in ungünstiger Weise beeinflussen. Dennoch ist es nicht zufällig, daß die Grund- und Hausinteressenten gegenwärtig besonders rühmig sind. Die Herren wittern anscheinend Morgenluft und rechnen auf baldige Erfüllung ihrer Wünsche.

Einen gewissen Anlaß dazu bietet der am 31. März d. J. erfolgende Ablauf der für die Festlegung der Wohnungsmieten geltenden Sperrfrist. Bekanntlich besteht schon lange die Absicht, die Mieten der alten Wohnungen den wesentlich höheren Mieten der Neuwohnungen anzugleichen. Das Sperrgesetz verhinderte die geplante Erhöhung auf 150 Proz. der Friedensmiete. Mit seinem Ablauf soll sie aber durchgeführt werden. Nach den Ausführungen des preußischen Wirtschaftsministers will man sich vorerst mit einer Erhöhung von 20 bis 30 Proz. begnügen. Hierbei wird angenommen, daß diese Mietssteigerung nur 2-3 Proz. des Lohnes ausmachen würde und bei der für das Frühjahr in Aussicht zu nehmende Belebung der Konjunktur durch Lohnerhöhungen ausgeglichen werden kann.

Diese Rechnung ist sehr einfach, doch haben die Arbeiter alle Ursache, sich vor Enttäuschungen zu hüten. Auch die famose Konjunkturspekulation muß von ihnen mit größtem Mißtrauen beurteilt werden. Tun sie es, dann müssen sie sich aber auch mit aller Energie gegen die geplante Erhöhung der Mieten zur Wehr setzen. Daß die Mieten für Wohnungen in die Höhe gehen und ein Ausgleich mit den Neuwohnungen stattfindet, läßt sich nicht verhindern. Dieser Prozeß vollzieht sich trotz Mieterschutz ganz von selbst, braucht daher nicht künstlich herbeigeführt werden. Schon gegenwärtig muß die Mehrzahl der Arbeiter infolge Abwälzung von Hausgebühren und sonstigen Leistungen seitens der Hausbesitzer für die alten Wohnungen 10-20 Proz. über die Friedensmiete zahlen, ohne dafür einen Lohnausgleich zu erhalten. Ein weiterer Zuschlag von 20 Proz. würde die bereits bestehende Lohnbelastung noch weiter steigern und zwar nicht nur um 2-3, sondern um 10 bis 12 Proz. Selbst wenn es daher den Arbeitern gelänge, bei Besserung der Konjunktur diese Mehrbelastung abzuwälzen, so hätten sie damit noch nichts gewonnen. Ja es steht sogar zu befürchten, daß sie eine fühlbare Verschlechterung ihrer Lebenshaltung erleiden. Ist doch mit Sicherheit darauf zu rechnen, daß eine allgemeine Erhöhung der Mieten um 20 Proz. einen allgemeinen Preisaufschlag für alle lebenswichtigen Waren des Arbeiterhaushalts nach sich zieht.

Die Arbeiter müssen es deshalb ablehnen, die Notwendigkeit einer Mietsteigerung anzuerkennen, da sie den Wohnungsmangel weder zu beseitigen, noch zu vermindern geeignet ist. Will man den Wohnungsbau verstärken, so komme man endlich dazu, die Hauszinssteuer vollständig für diesen Zweck dienstbar zu machen, außerdem aber auf eine Verbilligung der Baustoffe hinzuwirken. Rund 1633 Millionen Mark sind bis Oktober v. J. dem Wohnungsbau aus der Hauszinssteuer zugeflossen. Das ist knapp ein Zehntel ihres Ertrags; der übrige Teil fand für allgemeine Verwaltungszwecke Verwendung. Wäre die Hauszinssteuer ganz für den Wohnungsbau verwendet worden, so bräuchten wir heute kaum noch über Wohnungsnot zu klagen. In diesem Falle hätte diese Steuer noch eine gewisse steuermoralische Berechtigung gehabt, die ihr so nicht zusteht. Aus diesem Grunde können sich die Arbeiter nicht damit einverstanden erklären, daß dieses Unrecht noch verschärft wird. Das stellt der beabsichtigte Mietzinsaufschlag in Aussicht, denn gesetzlich sollen nach wie vor nur 15-20 Proz. der Friedensmiete für den Wohnungsbau verwendet werden, während die Hauszinssteuer mindestens ein Drittel der Friedensmiete erfordert. Das entspricht zwar dem üblichen System der Massenbelastung. Nur wird es nachgerade Zeit, damit Schluß zu machen, denn die Lebenshaltung der arbeitenden Bevölkerung ist — noch dazu bei wieder zunehmender Arbeitslosigkeit — schon zu tief herabgedrückt, um Experimente dieser Art ohne schwerste Benachteiligung ertragen zu können.

Mattulat.

Betriebsrat und Lohnsteuer-rückerstattung.

Nach dem Einkommensteuergesetz hat der Lohnsteuerpflichtige einen Anspruch auf die Zurückerstattung der zu viel gezahlten Lohnsteuer. Das Zuviel an gezahlter Lohnsteuer kommt dadurch zustande, daß die allgemein vom Arbeitslohn freibleibenden Steuerummen infolge Verdienstaufschlags, wie Krankheit, Streik, Arbeitslosigkeit, Kurzarbeit, Aussperrung, beim Steuerabzug nicht in voller Höhe berücksichtigt worden sind. Will der Lohnsteuerpflichtige von seinem Recht der Lohnsteuerzurückerstattung Gebrauch machen, so hat er einen diesbezüglichen Antrag an das zuständige Finanzamt einreichen. Diesen Antrag braucht nur der Lohnsteuerpflichtige nicht selbst einzureichen. Der Betriebsrat kann für die gesamte Belegschaft oder für die Arbeitnehmer, die einen Rechtsanspruch auf Zurückerstattung von Lohnsteuer haben, die Lohnsteuerzurückerstattungsanträge einreichen. Auf diese Weise wird den einzelnen Arbeitnehmern viel Zeit und Mühe erspart, und zum andern besteht die Gewähr, daß die Anträge sach- und formgemäß an das Finanzamt gelangen.

Wann kann der Betriebsrat einen Belegschaftsantrag stellen? Wenn die Belegschaft während des Kalenderjahres durch Streik, Aussperrung, Aussetzen oder Kurzarbeit einen Verdienstaufschlag erlitten hat. Rückerstattung erfolgt nicht, wenn der Verdienstaufschlag von nur einer Woche festgestellt ist. Bei Feststellung des Verdienstaufschlages wird so verfahren, daß Teile einer Woche zusammengerechnet werden. Acht volle Stunden werden gleich einem Arbeitstag, sechs Arbeitstage gleich einer Woche gestellt. Vier Wochen gelten bei Monatslohnempfängern gleich einem Monat. Dem Betriebsrat ist es ein leichtes, den Verdienstaufschlag, den Belegschaft, bzw. die einzelnen Arbeitnehmer

durch Kurzarbeit usw. erfahren haben, aus den Geschäfts- und Lohnbüchern festzustellen. Wie soll ein vom Betriebsrat eingereicherter Antrag aussehen? Hier ein Beispiel:

An das Finanzamt Lohnsteuerabteilung.
Betrifft: Lohnsteuererstattung der Lohnsteuerpflichtigen der Firma wegen Kurzarbeit.

Auf Grund des § 93 des Einkommensteuergesetzes wird für die in der Anlage I aufgeführten Arbeitnehmer die Erstattung von Lohnsteuer für das Jahr 1926 beantragt.

Ein Personenverzeichnis (Anlage I) mit der Angabe des Familienstandes und der Dauer der Kurzarbeit, und eine Bescheinigung des Arbeitgebers über die Dauer der Kurzarbeit der Lohnsteuererstattung beantragenden Lohnsteuerpflichtigen (Anlage II) liegt bei.

I. A.: Der Betriebsrat der Firma

(Ort, Straße, Datum).

Bemerkt sei, daß genaue Unterlagen den Anträgen stets beizulegen sind. Anfragen des Finanzamtes werden dadurch vermieden und damit auch die Verzögerung des zu erledigenden Antrags. Die Rückerstattungsanträge für das Jahr 1926 können vom 1. Januar 1917 an gestellt werden. Der letzte Tag der Einreichung ist der 31. März 1927.

In allen anderen Fällen, als in den oben angeführten, hat der Lohnsteuerpflichtige den Rückerstattungsantrag selber zu stellen, weil die Umstände, die zur Rückerstattung der Lohnsteuer berechtigen, zu verschieden sind. So z. B. kann auch eine Rückerstattung von Lohnsteuer erfolgen, wenn besondere wirtschaftliche Verhältnisse vorliegen. Als solche sind nach dem Einkommensteuergesetz anzusehen, wenn der Lohnsteuerpflichtige eine außergewöhnliche Belastung durch Unterhalt oder Erziehung, einschließlich Berufsausbildung der Kinder, durch gesetzliche oder sittliche Verpflichtung zum Unterhalt mittelloser Angehöriger, auch wenn sie nicht zur Haushaltung des Steuerpflichtigen zählen, durch Krankheit, Körperverletzung, Verschuldung, Unglücksfälle, zu tragen hat. Weiter werden noch hinzu gerechnet die besonderen Aufwendungen im Haushalt, die durch die Erwerbstätigkeit einer Witwe mit minderjährigen Kindern veranlaßt worden sind.

Da meist die Lohnsteuerpflichtigen über die Bestimmungen des Einkommensteuergesetzes, die die Lohnsteuerermäßigung betreffen, nicht Bescheid wissen, ist es die Pflicht des Betriebsrats in einer Betriebsversammlung die Belegschaft darüber aufzuklären oder von einer Persönlichkeit, die über die Lohnsteuermaterie genau Bescheid weiß, aufklären zu lassen.

Will sich der Betriebsrat selber über die Lohnsteuermaterie bzw. der Lohnsteuerermäßigung unterrichten, so muß er sich mit dem Einkommensteuergesetz vom 10. August 1925 (Reichsgesetzblatt Nr. 39, Teil II, Jahrgang 1925), mit dem Gesetz über die Senkung der Lohnsteuer vom 19. Dezember 1925 (Reichsgesetzblatt Nr. 55, Teil I, Jahrgang 1925), und mit dem Gesetz zur Vereinfachung der Lohnsteuer vom 26. Februar 1926 (Reichsgesetzblatt Nr. 11, Jahrgang 1926) vertraut machen.

Wurde dem Antrag des Betriebsrates auf Steuerrückerstattung nicht stattgegeben, so kann er Beschwerde beim Finanzamt einreichen. Gibt das Finanzamt der Beschwerde nicht statt, muß sie die Beschwerde an das Landesfinanzamt weitergeben. Gegen die Entscheidung des Landesfinanzamtes kann schließlich noch die Rechtsbeschwerde an den Reichsfinanzhof in München eingelegt werden. Der Reichsfinanzhof entscheidet endgültig.

Jeder Betriebsrat sehe darauf, daß die Arbeitnehmer, wenn sie einen Rechtsanspruch auf Lohnsteuerzurückerstattung haben, diesen Rechtsanspruch auch geltend machen oder geltend machen lassen. Am besten: der Betriebsrat geht selbständig vor, d. h. er reicht einen gemeinsamen Antrag ein, wenn die Voraussetzungen hierfür gegeben sind. Und in allen anderen Fällen Sorge er für die nötige Aufklärung. Die wirtschaftliche Lage der Arbeitnehmer ist heute dergestalt mißlich, daß alle Momente, die eine wirtschaftliche Erleichterung für den Arbeitnehmer bedeuten, ausgenutzt werden müssen. P.

Ein neuer amerikanischer Photographie-Automat.

Wie die verschiedenen Fachzeitschriften melden, sollten in aller nächster Zeit in Berlin neue Photographier-Automaten aufgestellt werden, die für den niedrigen Preis von 1,50 Mk. innerhalb einiger Minuten 8 verschiedene Papierbilder herzustellen in der Lage seien. In der „Photographischen Chronik“ wird nun mitgeteilt, daß sich der Zentralverband Deutscher Photographen-Vereine und Innungen an den Berliner Magistrat gewandt habe, damit dieser einer Aufstellung solcher Automaten seine Zustimmung versagen

solle, weil durch diese angeblich das Photographiegewerbe stark geschädigt werde.

Obgleich diese Behauptung bisher durch nichts bewiesen werden kann, wird versucht, die Fortentwicklung der Technik für Deutschland hintanzuhalten, man scheint in den Kreisen der Photographen-Prinzipale nicht zu wissen, daß wir in Deutschland die Gewerbefreiheit gesetzlich verankert haben, die man also auch nicht für einen verhältnismäßig kleinen Kreis der Bevölkerung ausschalten kann. Selbst wenn der Magistrat Berlin das Aufstellen der Automaten auf öffentlichen Plätzen nicht zulassen wird, ist trotzdem das Aufstellen an der Öffentlichkeit zugänglichen Orten nicht ausgeschlossen. Wir sehen aber auch noch nicht, daß die Photographen wirklich geschädigt werden. Als vor dem Kriege eine Anzahl Photographie-Automaten aufgestellt waren, hat man nichts davon gehört, daß diese tatsächlich eine Konkurrenz der Berufsphotographen geworden wären. Nun mit einem Male soll das so gefährlich werden können. Wir sind weit entfernt davon, die Geschäfte dieser amerikanischen Unternehmer besorgen zu wollen, müssen uns aber gegen das rückschrittliche der Innungskrauter wenden.

Es ist beinahe zum Schreien, jetzt das Wetter dieser Leute gegen den Kapitalismus zu lesen. Man glaubt beinahe wild gewordene Bolschewisten vor sich zu haben, aber der Pferdefuß des Spießers ist immer noch zu erkennen. Trotzdem die Lage des Berufes zur Zeit in fast allen Ländern gleich schlecht ist, wird gesagt: Verschont uns nur in Deutschland, in anderen Ländern, ja, da macht euren Laden auf, nur nicht bei uns.

Wir wissen genau, daß weite Kreise der Selbständigen proletarisiert sind, da können aber solche kleinlichen Mittel wirklich nicht helfen, diese Proletarisierten werden ebenso in dem Wirtschaftskampf zerrieben, wie viele andere Kleingewerbetreibende anderer Berufe.

Es kommt eben jetzt das, was wir schon vor Jahren vorausgesagt haben, weil die Prinzipalorganisationen versäumt haben, in Verständigung mit der Gehilfenschaft regeln auf die Berufsverhältnisse einzuwirken. Warum gibt es jetzt so viele Straßenphotographen? Ist es vielleicht Wollust, sich stundenlang hinzustellen und auf einen Straßenkunden zu warten?

Es ist die bittere Not, die diese Arbeitslosen hierzu treibt. So lange keine wirtschaftspolitische Umstellung erfolgt, damit die große Zahl der Arbeitslosen Verdienst erhält, so lange wird sich auch der Photographenberuf nicht heben können. Da helfen alle solche Palliativmittel nichts.

Auf die technische Seite dieser Erfindung eines Russen, die von einer amerikanischen Gesellschaft ausgebeutet wird, kommen wir an anderer Stelle zurück.

Ortsbericht.

Barmen-Elberfeld. Die Vortragsreise ins Rheinland des Gauleiters, Kollegen Mittendorf, Frankfurt a. M., führte ihn auch nach Barmen, wo am 4. 12. 26 eine gutbesuchte Mitgliederversammlung stattfand. Sie gestaltete sich besonders interessant dadurch, da das Thema: „Die Ursache aller Wirtschaftskrisen und die Rationalisierung durch die Unternehmer“, eine ergiebige Diskussion schuf, an welcher sich die Kollegschaft recht zahlreich beteiligte. Kollege Mittendorf schilderte die Entwicklung des Rationalisierungsgedankens, ausgehend von der Entwicklung der Industrie im allgemeinen, unter besonderer Berücksichtigung der Krisenerscheinungen vor und nach dem Kriege. Auf Grund geschichtlicher Betrachtungsweise, ausgehend vom Jahre 1800, legte Redner die Umwandlung des Agrarlandes Deutschland zum Industriestaat und deren Folgeerscheinungen, besonders das Zurückgehen des Anbaues von Lebensmitteln dar. Die Folge davon war, daß Deutschland immer größere Mengen Lebensmittel und Rohstoffe vom Auslande einführen mußte. Die wachsende Industrie erforderte mehr und mehr Rohprodukte, was wiederum die Einfuhr ganz erheblich steigern mußte. Dazu kommt noch, daß nach Abtretung der Gebiete Elsaß-Lothringen mit seinen für uns sehr wichtigen Erzlagern, und Schlesien mit seinen Kohlenlagern, Deutschland ganz wesentlich an eigenen Rohprodukten geschwächt wurde. Das Sinken der Mark, die erhöhte Einfuhr von Rohstoffen und Lebensmitteln ließ Deutschlands Verschuldung mehr und mehr vergrößern; es übte fast vollständig das Vertrauen der anderen Mächte ein. War es auch der Industrie möglich, auf Grund der niedrigen Löhne während der Inflationszeit den Weltmarkt zum Teil zurückzuerobern, so umgaben sich die übrigen Mächte mit Zollmauern und hemmten auch dadurch ganz wesentlich die Produktion bei uns. Einflußreich auf die Krisenerscheinung nach dem Kriege war ferner das Hinzutreten neuer Produzenten in dem Produktionsprozeß. Die Auflösung des stehenden Heeres hat dem Produktionsprozeß annähernd 3/4 Millionen Volksgenossen zugeführt. Es kommt dann noch hinzu, daß der Unternehmer heute ganz anders zum Gewinn eingestellt

ist. Vor dem Krieg hieß es: Großer Umsatz kleiner Nutzen! und heute: Kleiner Umsatz, großer Nutzen!

Klingt es da nicht sonderbar, wenn zu all diesen Ereignissen der Unternehmer dazu übergeht, die Rettung in der Erhöhung der Arbeitszeit und Senkung des Lohnes sucht? Dadurch werden nicht nur noch mehr Arbeitskräfte freigemacht, sondern die Kaufkraft im Inlande muß ganz wesentlich zurückfluten. Kollege Mittendorf schildert dann in eingehender Weise das Wesen und die Auswirkungen der Inflation. Durch die Flüssigmachung aller Betriebsmittel erfahren die Betriebe eine kolossale Ausdehnung in Gestalt von erweiterten Fabrikanlagen und eines verbesserten Maschinenparks. Bei der nun einsetzenden Stabilisierung fehlt überall das Betriebskapital. Statt Ausschaltung des Zwischenhandels, Beseitigung der hohen Generalunkosten, Erhöhung der Inlandskaufkraft, Verkürzung der Arbeitszeit, folgte die Rationalisierung auf Kosten der Arbeitnehmer. Kommen die Früchte der Rationalisierung der gesamten Menschheit zugute, dann werden wir jederzeit für sie eintreten und sie zu fördern suchen. So lange sie aber einen großen Teil der Arbeiterschaft brotlos macht, während ein Teil in Überstunden unkommt und nur einer kleinen Gruppe Vorteile bringt, werden wir diese Auswüchse bekämpfen. Es ist ein unhaltbarer Zustand, den zu beseitigen, unserer aller Pflicht sein muß. Dazu gehört, sich einzusetzen für die Schaffung des Notgesetzes, für den Achtstundentag, die Gewerkschaften und wirtschaftlichen Verbände zu unterstützen, die es sich zur Aufgabe gemacht haben, die Forderungen durchzusetzen, die für uns alle zum Segen wirken und die alle Produktivkräfte dem Produktionsprozeß einreihen. Es spricht Bände, daß weit über 56 Proz. der Arbeiterschaft mehr als 48 Stunden in der Woche arbeiten, daß in einer Zeit der größten Erwerbslosigkeit mehr Überstunden gemacht werden als in der Zeit der besten Scheinkonjunktur. Eine Rationalisierung wie wir sie wünschen, muß eine Verbilligung der Produkte herbeiführen bei einer gleichzeitigen Erhöhung der Kaufkraft. Mit einem Appell an die Kollegenschaft, daß sich alle in die Reihen der Kämpfer stellt für die Befreiung der Menschheit, für die Gewerkschaft und ihre Ziele, schloß Redner seinen mit starkem Beifall aufgenommenen Vortrag.

Die nun einsetzende Diskussion brachte im wesentlichen Übereinstimmung mit den vom Redner gemachten Ausführungen und über die Auswirkung der Methodik des Kapitals. Nur über die zu befolgende Taktik herrschte etwas Unklarheit. Aber auch diese Bedenken zerstreute Kollege Mittendorf in seinem Schlußwort, indem er auf kommende Dinge aufmerksam machte. Die Folge fortschreitender Entwicklung der Technik muß die Verringerung der Arbeitszeit sein. Daß das Kapital alle versucht, den Arbeiter von seinem Ziel abzuhalten, beweist die Bildung ganzer Streikbrechergarden, denen wir auch unsere erhöhte Aufmerksamkeit schenken müssen. Deshalb: Alle für Einen und Einer für Alle für die Befreiung der Menschheit vom egoistischen Kapital.

Die Versammlung nahm folgende Resolution einstimmig an:

„Die am 4. 12. 26 tagende Generalversammlung des Verbandes der Lithographen, Stein-drucker u. verw. Berufe nahm Kenntnis von dem Vortrag des Kollegen Mittendorf, Frankfurt a. M. Sie stellt zum Schluß die Forderung an den Verbandsvorstand, keinen Finger breit bei den nächsten Tarifverhandlungen abzuweichen. Die Kollegenschaft ist bereit, alle Folgen auf sich zu nehmen. Ferner verlangt sie, dahin zu wirken, daß alle politischen Gefangenen in allen Ländern auf freien Fuß gesetzt werden.“

Bei dem 4. Punkt der Tagesordnung: „Überstunden“, mahnte der Vorsitzende Sorge zu tragen, daß den Worten Mittendorfs praktische Durchführung folgen muß, Überstunden da verweigern, wo die Voraussetzungen nicht alle restlos erfüllt sind.

Der Vorsitzende dankte am Schluß dem von der Zahlstelle Solingen erschienenen Vorsitzenden für die unseren Erwerbslosen zugedachte Geldspende zur Ausgestaltung einer Weihnachts-befehle, die aus lokalen Mitteln noch wesentlich vergrößert wurde. Der Vorsitzende schloß um 1/2 1 Uhr die Versammlung mit einigen eindrucks-

vollen Worten und im Sinne der am Abend gemachten Ausführungen zu handeln.

Über dasselbe Thema sprach Kollege Mittendorf noch in den Städten Köln und Düsseldorf. Seine Ausführungen wurden auch hier mit großem Beifall und mit Übereinstimmung vor gut besuchten Versammlungen aufgenommen.

Rundschau.

Direktorengehälter und Arbeiterlöhne.

Kürzlich fand die Generalversammlung der Curabank A.-G. in Berlin statt, wo bekannt wurde, daß für Direktorengehälter im verflorenen Geschäftsjahr 48 000 Mk. ausgegeben wurden gegenüber 24 000 Mk. sonstige Angestelltengehälter.

In einem Augsburger Betrieb erhielten 24 Angestellte einen Jahresbezug von 57 000 Mk., dagegen ein Direktor einen solchen von 60 000 Mark. In einem süddeutschen Industriebetrieb betragen die jährlichen Aufwendungen für 60 Angestellte 144 000 Mk., dagegen für drei Direktoren 156 000 Mk. und dazu 144 000 Mk. für Tantieme. Beim Farbstofftrust erhielt jedes Aufsichtsratsmitglied für das verflossene Jahr 38 760 Mk., beim Wintershall-Konzern 20 000 bzw. 10 000 Mk. Das Jahresgehalt des Direktors beträgt beim Stahlwerksverband 180 000 Mk., beim Röhrenverband 110 000 Mk., das der stellvertretenden Titulardirektoren 75 000 Mk. Bei der Zigarettenfabrik Jasmatzki, die Stilllegung des Betriebes beantragt hatte, um einige tausend Arbeiter und Angestellte zu entlassen, bezogen sieben Direktoren und drei Prokuristen 658 000 Mark, 200 Angestellte dagegen nur 230 000 Mk.

Auf 100 Arbeitnehmer kommen 1913 in der Waggonindustrie 0,9 leitende Angestellte, dagegen 1926 1,8; in der Werftindustrie war das Verhältnis 1913 1,2 und 1926 3,3; im Eisen-, Hoch- und Brückenbau 1913 1,3, 1926 2,7; im Versicherungsgewerbe 1913 6,6 und 1926 11,1; im Verkehrsgewerbe 1913 4,8 und 1926 7,9 usw. Nach authentischem Material beschäftigen 604 zum Vergleich herangezogene Unternehmungen bei einem 45prozentigen Abbau der Arbeiter und Angestellten im Jahre 1915: 1329 Direktoren, dagegen heute 1828; ferner 1913: 3985 Aufsichtsräte gegen 5587 heute. Die Beispiele ließen sich vermehren und auf fast alle Branchengebiete ausdehnen.

Die Rationalisierung und Unkostenersparnis wird also nur unten angewandt, während oben alles beim alten bleibt. Das Unkostenkonto für leitende Angestellte, Direktoren und Aufsichtsräte schwillt im Gegenteil immer weiter an. Eine größere Ungerechtigkeit ist nicht denkbar. Es ist klar, daß solche Zustände sich mit einer guten Wirtschaftsführung schlecht vereinbaren lassen. Aber so ist es ja immer gewesen: Nach oben wird mit vollen Händen gegeben, während unten mit aller Rücksichtslosigkeit gespart wird.

Arbeiter, Angestellte und Beamte.

Der Bildungsausschuß der Hamburger Freien Gewerkschaften veranstaltet im Sommer 1927 Ferienreisen. Diese Reisen sind außerordentlich billig und bieten eine Fülle von interessanten Eindrücken. Durch eine Sparorganisation ist jedem die Möglichkeit gegeben, das nötige Reisegeld zusammenzusparen. Es geht in die Schweiz vom 18. bis 26. Juni inkl. Preis 162 Mk. An den Rhein vom 4. bis 11. Juni; vom 25. Juni bis 2. Juli; vom 3. bis 10. September. Preis 106 Mk. — Für diejenigen, die nicht so viel Geld zur Verfügung haben und doch gern ein paar Tage ausspannen möchten, da man ja schon in wenigen Tagen, herausgerissen aus dem Alltag, starke Eindrücke sammeln kann, sind 3-Tagereisen geplant: In den Teutoburger Wald vom 11. bis 13. Juli; vom 11. bis 13. August. Preis 47 Mk. Nach Kiel—Holsteinische Schweiz vom 1. bis 3. August. Preis 34 Mk.

In alle Preise ist einkalkuliert: Fahrgeid (Eisenbahn, Dampfer, Gebirgsbahnen), Unterkunft (keine Massenquartiere), Verpflegung (Frühstück, Mittag- und Abendessen), Führungen.

Die Reisen gehen von Hamburg aus. Mit der Ausführung derselben ist der Gemeinnützige Verkehrsverein Groß-Hamburg e. V., Hamburg 15, Nagelsweg 14 betraut. Dasselbst auch ausführliche illustrierte Prospekte.

Vom Büchertisch.

Wie ermäßigt man die Lohnsteuer? Von P. Hertz und E. Rinner. Verlagsgesellschaft des ADGB., Berlin S 14, Inselstr. 6. Preis 1,— Mk. Organisationspreis niedriger.

Bis zum 31. März 1927 müssen die Anträge auf Rückerstattung der Lohnsteuer eingereicht sein. Im Jahre 1926 wurden vier Millionen Anträge gestellt und 60 Millionen Mark Lohnsteuerbeiträge zurückverlangt. Die Anzahl der Anträge kann bei der großen Arbeitslosigkeit im Jahre 1926 auf das Doppelte, die Rückzahlung auf das Dreifache des Vorjahres gesteigert werden, wenn die notwendige Aufklärungsarbeit geleistet wird. Diese Aufklärungsarbeit will die Broschüre unterstützen und sie sollte schon in Anbetracht ihres billigen Preises von den Verwaltungsstellen der Organisationen allen denen zugänglich gemacht werden, die Anträge zu stellen oder Antragsteller zu beraten haben. 180 Millionen Mark sind der Arbeiterschaft auf diese Art wieder zuzuführen. Sollte das nicht ein Ansporn sein, an der Aufklärungsarbeit mitzuwirken?

Die „Arbeiter-Jugend“ in neuem Gewand.

Die erste Nummer des 19. Jahrgangs der „Arbeiter-Jugend“ präsentiert sich in neuer technischer Ausstattung. Das Blatt erscheint jetzt in größerem Format, ist auf gutem, saniertem Papier gedruckt und reich illustriert. Die Zeitschrift läßt aber auch inhaltlich, was die gute ältere Aufmachung verspricht. Auf 24 Seiten wird eine Fülle belehrender und unterhaltenden Stoffes lebendig und auch ihre Ausdrucksformen zu verstehen. In der Jugend liehe unterscheidet sich eben nicht nur dadurch vom Erwachsenen, daß er ein Mensch mit geringeren Erfahrungen und eventuell auch mit geringeren Körper- und Geisteskräften ist; sein Wesen ist anders. Wer dem Jugendlichen nahe Freund und Helfer sein will, und dazu mühte sich jeder Erwachsene berufen fühlen, muß das besondere Wesen der Jugend verstehen, um sie richtig beurteilen und gegebenenfalls auch beraten zu können. Zerwürfnisse in manchen Familien und Reibungen zwischen Alt und Jung in Betrieben, Organisationen usw. sind häufige und wichtige Folgen dieses Verständnisses zurückzuführen. Der Überlegene macht den ersten Schritt; zeigt der ältere Kollege, daß er für die Entwicklung des Jugendlichen, auch wenn sie sich in wenig sympathischen Formen äußern, Sinn hat, so wird der Heranwachsende eher geneigt sein, Ratschlägen und Belehrungen zu folgen.

„Die Seelenverfassung der Jugendlichen“.

Ein Leitfadern für Jugendführer von Dr. E. Ernst Haase. Herausgegeben vom Jugendsekretariat des ADGB. Verlagsgesellschaft des ADGB. Preis 1,— Mk.

Wer mit jungen Menschen zu tun hat, weiß aus seiner Erfahrung, daß es nicht immer einfach ist, ihr Gefühls- und Geistesleben und auch ihre Ausdrucksformen zu verstehen. In der Jugend liehe unterscheidet sich eben nicht nur dadurch vom Erwachsenen, daß er ein Mensch mit geringeren Erfahrungen und eventuell auch mit geringeren Körper- und Geisteskräften ist; sein Wesen ist anders. Wer dem Jugendlichen nahe Freund und Helfer sein will, und dazu mühte sich jeder Erwachsene berufen fühlen, muß das besondere Wesen der Jugend verstehen, um sie richtig beurteilen und gegebenenfalls auch beraten zu können. Zerwürfnisse in manchen Familien und Reibungen zwischen Alt und Jung in Betrieben, Organisationen usw. sind häufige und wichtige Folgen dieses Verständnisses zurückzuführen. Der Überlegene macht den ersten Schritt; zeigt der ältere Kollege, daß er für die Entwicklung des Jugendlichen, auch wenn sie sich in wenig sympathischen Formen äußern, Sinn hat, so wird der Heranwachsende eher geneigt sein, Ratschlägen und Belehrungen zu folgen.

Um unseren Kollegen hierbei an die Hand zu gehen bringt das Jugendsekretariat des ADGB. eine einführende Schrift unter dem Titel: „Die Seelenverfassung der Jugendlichen“, heraus. Dr. Ernst Haase, ein Sohn des verstorbenen Reichstagsabgeordneten Hugo Haase, hat seine in der ärztlichen Praxis gesammelten Erfahrungen, die in Vorträgen vor Jugendleitern und auch Jugendlichen schon bisher unserer Bewegung nutzbar gemacht wurden, nun darin einer weiteren Öffentlichkeit zugänglich gemacht.

„Stein der Straße“. Gedichte von Franz Rothfelder. Verlagsgesellschaft des ADGB., Berlin S 14. Preis 2,— Mk.

Die Gedichte „Stein der Straße“ sind das Ergebnis eines langen, beschwerlichen und nicht immer geraden Lebensweges, sie sind die Früchte eines vierzigjährigen. Bei einem Arbeiterdichter als Kämpfer aus Weltanschauung ist nicht nur Wille und Überzeugung das allein Entscheidende, so sehr sich auch der große Kampf der Massen darauf aufbaut, wichtiger noch ist für den Erfolg des Kampfes das Erleben. Wohl kann der Mensch das Leben aufsuchen, sich an fremdem Leben erfreuen und daraus seine Verse gewinnen, er kann aber nicht das Reifen an eigenem Erleben beschleunigen. Ein Kämpfer um die Weltanschauung des Proletariats hat sich indessen nicht darüber zu beklagen, daß er mit dem Erleben zu kurz gehalten wird. Aus Jahren elendsten Erlebens stammen die Gedichte, die nur einen Teil des in dieser Zeit Geschaffenen und in der Presse Veröffentlichten darstellen. Franz Rothfelder bekennet sich zu einem religiösen Sozialismus; ihm ist nicht die Kirche und nicht das Christentum Bekennnis, sondern einzig und allein die neue Weltanschauung, die Religion des Sozialismus; die einzig mögliche, die aus Jahrtausenden unendlichen Elends errungene Menschheitsreligion. Ihm ist Gott ein Geist, also im Sinne Platons eine Idee, und nur als Idee eine Wirklichkeit, eine Idee der helfenden Menschenliebe, der sühnenden Gerechtigkeit, des mit allen Schönheiten begnadeten Enderreiches, das nicht mehr auf ein Jenseits zu warten braucht, sondern mit dieser Erde und mit diesem Leben Sein und Ziel des Menschen verwirklicht.

„Huriebures Wolkenreise“. Ein Bilderbuch aus bunten Dreiecken. Verlag J. H. W. Dietz, Berlin SW 68, Lindenstr. 3. Halbl. 3,— Mk.

Wenn die Söhnchen recht irischer Eltern oft wild und unbindig sind, wiewohl mehr das eine Hexe solch eine Range ihr Eigen nennt. Besonders wenn es die berühmte, zauberreiche Hexe Widwondel ist. Die Widwondel sezt ihrer unartigen Spöbling, der sie bei ihrer Zauberei nicht unerheblich stört, auf eine weiße Wolke, die ihn in die herrlichsten und interessantesten Wundergegenden führt. Zum Wunderpappagei gehts, der goldene Eier legt, zum Zuckerschloß, zum — was plaudere ich aus? Das Buch ist in Bild und Vers zu köstlich, um es zu „besprechen“, Und die Widwondel hat mit jede Kritik verboten. Sie meint das Buch schön oder nicht schön finden, könne nur — das Kind! Und sie hat Recht.

Reproduktions-Photographen.

Bewerber müssen die Gebiete der Farbauszüge in Halbtönen und Emulsion, sowie auch alle anderen vorkommenden Reproduktionstechniken vollkommen beherrschen. Angebote an

Wezel & Naumann, A.-G., Leipzig.

Zinkdruckplatten Offsetplatten Zinkätzplatten

für Auto und Strich, prima Qualität

Karl Hess & Co. B. N., Sorita 30 36, Wiener Str. 50. Fernspr. Mor. 12289.

Durchaus

erstklassiger Andrucker

für Wendum-Apparat gesucht. Nur tüchtige Kräfte, welche an hochwertige Arbeiten gewöhnt sind, wollen Angebote einreichen an

Weszel & Naumann, A.-G., Leipzig.

Photo-Lithograph

erfahrene Kraft, zum Ausarbeiten von Steinkopien gesucht

L. van Leer & Co., Amsterdam, Rustenburgerstraat 19.

Reprod.-Apparat

(ohne Objektiv) 50x50 kompl. zu verkaufen. Angebote unter M. S. an die Expedition d. Blattes

Buchführung erlernt man innerhalb 3 mal 24 Stunden. Damen und Herren erhalten sofort gratis Prospekte von B. Hahn, Ohligs-Rhld. 93.